



YVONNE HOFSTETTER
wurde 1966 in Frankfurt am Main geboren und hat Rechtswissenschaften studiert. Seit 2009 ist sie Geschäftsführerin von Teramark Technologies und auf Techniken zur Auswertung großer Datenmengen mit sich selbst verbessernden Maschinen spezialisiert. Hofstetter hat begonnen Technologien zu hinterfragen, die auch ihre Firma entwickelt. Sie erhielt für die kritische Auseinandersetzung mit der Digitalisierung den Theodor-Heuss-Preis 2018.

»LÖCHRIG WIE EIN SCHWEIZER KÄSE«

Yvonne Hofstetter, Juristin, Unternehmerin und Sachbuchautorin, beschäftigt sich mit den Folgen des Digitalen Wandels.

Sie kritisiert große Digitalunternehmen – nicht nur, weil sie durch ihre gewaltige Finanzmacht auch die Machtmonopole der Staaten bedrohen.

Nachteile haben auch Nutzer von Google, Facebook und Co., weil sie den Werbetechnologien praktisch schutzlos ausgeliefert sind.

ANDREAS KIRCHNER UND JÜRGEN REES





Am 13. September um 18 Uhr ist Yvonne Hofstetter an der Universität zu Köln und hält einen öffentlichen Festvortrag mit dem Titel »Mensch, Maschine! Eine Verteidigung des europäischen Menschenbilds«. Dies geschieht im Rahmen der Eröffnung der Jahrestagung der Akademie für Ethik in der Medizin zum Thema »Medizin 4.0 – Ethik im digitalen Gesundheitswesen«. Die Tagung wird vom Cologne Center for Ethics, Rights, Economics, and Social Sciences of Health (ceres) ausgerichtet.

Ort: Universität zu Köln, Aula & Seminargebäude,
Albertus-Magnus-Platz,
50923 Köln



PROGRAMM

<https://ceres.uni-koeln.de/veranstaltungen/tagungen/aem-jahrestagung-2018-medicin-40/aem-programm/>

Frau Hofstetter, nutzen Sie WhatsApp, Facebook und Co.?

Hofstetter: Nein, um Gottes willen! Ein Leben ohne Social Media ist problemlos möglich.

Aber schwierig. Für eine Unternehmerin, die selbst seit fast zwanzig Jahren Software-Systeme entwickelt, überrascht das.

Warum? Was wir mit dem Euphemismus »soziale Medien« bezeichnen, sind weder Medien, wie sie sein sollten – und wie sie auch rechtlich reguliert sind, damit sie pluralistisch und demokratisiert berichten – noch sozial. Sie sind Werbetechnologien, deren Mechanismen allerdings für die Nutzer unsichtbar bleiben. Außerdem ist es nicht so, dass wir keine Technologie oder Messaging-Dienste nutzen. Im Gegenteil. Wir nutzen nur nicht, was Mainstream und kostenlos ist, sondern verschlüsselte Dienste.

Was stört Sie an den kostenlosen Diensten?

Das sind Werbetechnologien. Unter der Nutzeroberfläche, unter den Timelines und Chatfunktionen laufen Handelsplattformen wie an der Börse. Diese Handelsplattformen, die Facebook, Google oder Twitter implementiert haben, verfolgen Ihre Tätigkeit im Netz – ohne dass Sie extra eingeloggt sind oder einen Account haben müssen. Sie müssten nur auf einer Seite browsen, die mit einem Facebook-Like-Button versehen ist, und schon werden auf Ihrem Computer Cookies installiert. Und diese »Aufmerksamkeit« läuft dann über die In-House-Börsenplattform, bekommt dort ein Preisschild und

»Man muss nicht mehr ein Staat sein, um auf dem Globus mächtig zu sein.«

wird an die Vertragspartner der jeweiligen Plattform weitergeleitet. Wenn ich im Internet nach Campingurlaub suche, habe ich am nächsten Morgen garantiert Werbung für Zelte oder Ähnliches in meinem Emailfach.

Sie haben 2014 gesagt, dass wir noch rund fünf Jahre Zeit hätten, eine Balance zwischen den Internetunternehmen und den Verbrauchern herzustellen. Die fünf Jahre sind fast vorbei. Sehen Sie irgendwelche Fortschritte?

Ich sehe nur sehr langsamen Fortschritt. Natürlich haben wir die EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in der Zwischenzeit verabschiedet. Das ist immerhin ein erster Schritt, weltweit gibt es kein vergleichbares Gesetz. Da hat die Europäische Union schon Vorbildcharakter. Keine andere Region beschäftigt sich so mit den Rechten des Bürgers im Verhältnis zu den Internetgiganten. Aber natürlich ist das Gesetz löchrig wie ein Schweizer Käse.

Wo liegt das Problem?

Ein Riesenproblem, das auch zu Monopolbildungen in den Märkten geführt hat, ist das Erstellen von Nutzer- und Kundenprofilen. Hätte man das »profiling« verboten, wären die Monopolbildungen, die wir bei Google, Facebook oder Twitter beobachten haben, nicht möglich gewesen. Aber so weit ist man in der DSGVO dann doch nicht gegangen. Es ist weiterhin erlaubt, wenn die Menschen sich damit einverstanden erklären oder wenn es rechtliche Gründe dafür gibt. Solange daran nichts geändert wird, werden die Monopole weiterbestehen, was Nachteile für die Bürgerrechte bedeutet.

Das Geschäftsmodell vieler Internetgiganten basiert ja auch darauf, dass meine Daten in stillem Einverständnis benutzt werden. Ich stimme zu, weil ich das Gerät oder die Webseiten weiter nutzen will.

Das ist das Problem in der Monopolbildung, die wir über Jahre hinweg geduldet haben. Jetzt haben wir eigentlich fast keine andere Wahl mehr als zu sagen: Ja, wir müssen den Datenbestimmungen von WhatsApp und anderen Kommunikationsmitteln zustimmen, sonst verlieren wir den Kontakt zu unseren sogenannten Freunden und unserer Familie. Für die Unternehmen ist es sehr viel Arbeit, die DSGVO zu implementieren. Leider trifft es die kleinen und mittelständischen Unternehmen am meisten. Sie sind verunsichert, können die eigene Gesetzgebung aber nicht wie einige globale Technologiegiganten ignorieren oder umgehen. Etliche amerikanische Medien haben ihre Seiten für Europäer einfach abgeschaltet, damit sie nicht gegen die DSGVO verstoßen. Europäische Mittelständler können sich das nicht leisten.

Wen bedrohen die Monopole von Google oder Facebook?

Vielen Staaten ist inzwischen klar: Moment mal, da haben wir etwas groß werden lassen, das mächtiger ist als wir selbst. Wenn Sie einen durchschnittlichen mitteleuropäischen Staat mit seiner Finanzkraft aber auch mit seiner Schuldenlast in Bezug setzen zu den Internetgiganten, dann wissen Sie, dass diese viel finanzstärker und mächtiger sind und auch viel globaler auftreten. Dann wissen Sie auch, dass den Staaten, die eigentlich Inhaber des Machtmonopols sind, bei der Regulierung der Internetgiganten die Hände gebunden sind.

Haben Sie denn den Eindruck, dass zumindest ein Problembewusstsein besteht?

Das Problembewusstsein besteht auf jeden Fall, aber es sind kaum Lösungen in Sicht. Staaten überlegen sich, ob man die Internetgiganten nicht in eine Art Gremi-

»Krisenfrüherkennung durch Algorithmen wird kommen.«

um einbinden sollte, wie es die UNO ist. Das würde diese Unternehmen zwingen, sich an das Völkerrecht zu halten, damit wenigstens garantiert ist, dass die Menschenrechte eingehalten werden. Diese Überlegungen stehen noch relativ am Anfang, aber man ist sich immerhin darüber im Klaren, dass man nicht mehr ein Staat sein muss, um auf dem Globus mächtig zu sein.

Sie beschäftigen sich vor allem mit dem Thema Künstliche Intelligenz. In Ihrem Buch »Das Ende der Demokratie« beschreiben Sie, wie zwei Mitarbeiter einer Firma einen künstlichen Politiker von überlegener Kompetenz programmieren lassen. Malen Sie da nicht ein Schreckgespenst an die Wand?

Das ist sehr real. Ich beschreibe hier keine Superintelligenz, sondern den Stand der Technik, nämlich ein Lageanalysesystem. Das System existiert schon seit einigen Jahren, aber in einem anderen Kontext. Wir haben nicht die ganze Gesellschaft, sondern »nur« den Finanzmarkt als ein sozioökonomisches System modelliert, weil wir dieses Subsystem der Gesellschaft relativ gut verstehen. Die

Künstliche Intelligenz betrachtet und bewertet dessen Situation und trifft dann eine Entscheidung: Kaufe 8.000 Aktien einer bestimmten Firma zu einem bestimmten Preis.

Dieses Modell haben wir auf die Demokratie übertragen. Und dabei entsteht der künstliche Politiker. Das ist keineswegs Zukunftsmusik. Seit neuestem arbeiten sowohl das Verteidigungsministerium als auch das Außenministerium an solchen Systemen. Dort heißt es nicht Lageanalyse, sondern Krisenfrüherkennung. Sie kooperieren dafür mit IBM Watson. Auch die amerikanische Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA), eine Behörde des Verteidigungsministeriums, hat dieses Jahr ein solches System ausgeschrieben. Algorith-



			<p>120 Sitzplätze, Restaurant voll klimatisiert Sonnenterrasse zum Innenhof</p> <p>Räumlichkeiten für Privatfeiern und Tagungen Sieben Räume mit Tageslicht und moderner Technik</p> <p>Gerne planen wir auch Ihre Veranstaltung</p>	<p>STADTHOTEL am Römerturm</p> <p>Zentrale Lage in der Innenstadt, nahe Ehrenstraße, P am Haus</p>
<p>St.-Apern-Str. 32 ♦ 50667 Köln ♦ Tel. +49 (0)221/20 93 -0 ♦ info@stadthotel-roemerturm.de ♦ www.stadthotel-roemerturm.de</p>				



Die Technosteuerung von Gesellschaften ist ziemlich unbarmherzig. Gegen klassisches Recht kann man immerhin verstoßen.

mische Lageanalyse und Entscheidungsvorbereitung und -unterstützung, sogar in der Diplomatie – das wird mit Sicherheit kommen, denn daran wird bereits gebaut.

Der algorithmische Politiker spielt die Zukunft Europas am Rechner durch und rettet dank verschiedener Handlungsoptionen die Demokratie. Was wäre daran so schlimm?

Daran wäre gar nichts schlimm und es gibt ja in der rechtswissenschaftlichen Forschung die Überlegung, dass wir die Demokratie nicht mehr nur allein mit Hilfe des geschriebenen, klassisch gesetzten hoheitlichen Rechts gestalten können, weil das angesichts komplexer, dynamischer Systeme versagt. Wir brauchen also eine andere Form der Steuerung und steuere sie per Technik – mit verbesserten Algorithmen. »Technosteuerung« nennen das die Rechtswissenschaftler. Weil wir aber im vordigitalen Zeitalter die Gesellschaft immer mit der Gesetzgebung gesteuert haben, stellt sich jetzt die Frage, in welchem Verhältnis die beiden Mechanismen stehen. Ergänzen sie sich? Oder konkurrieren sie? Das ist auch

eine rechtsphilosophische Frage, denn Technosteuerung ist ziemlich »unbarmherzig«. Sie macht unfrei, denn wie wollen Sie sich dagegen wehren? Gegen klassisches Recht können Sie immerhin verstoßen. Es wahrt unsere Entscheidungsfreiheit.

Gesetzgebung als schärfste Waffe

Wie wird Künstliche Intelligenz heute schon eingesetzt?

Die Standardaufgaben von Künstlicher Intelligenz sind heute Bilderkennung, Spracherkennung, Mustererkennung, Schriften. Das klappt gut. Auch in der Finanzindustrie finden sich erste solche Anwendungen. Sie werden aber noch geheimer gehalten als in der Verteidigungsindustrie. Denn damit werden Milliarden US-Dollar gedreht. Aber Künstliche Intelligenz tut im Prinzip nichts, außer die Qualität zu verbessern: algorithmische Übersetzungen werden besser, Bild- und Spracherkennung wird genauer.

Sind die Staaten heutzutage noch die Player, die die Leitplanken aufstellen können, um die Entwicklung in eine Richtung zu lenken, die für die Menschen von Vorteil ist?

Sie sollten es sein, denn sie haben die Möglichkeit, Gesetze zu erlassen. Gerade in der Demokratie ist die Gesetzgebung die schärfste Waffe – aber in manchen demokratischen Staaten wird sie eigentlich nicht scharf genug eingesetzt, weil man sich wirtschaftslibertär verhält und Wachstum braucht. Die Staaten sollten schauen, dass sie ihr Machtmonopol aufrechterhalten. Denn nur das hat die Politik ermöglicht, die wir kennen – und nicht Kriege oder »failed states« hervorgebracht.

Was werden Sie den Studierenden der Uni Köln bei Ihrem Vortrag raten, wie sie mit ihren Daten umgehen sollen?

Ich rate immer noch zu Datensparsamkeit. Bitte keine Fotos ins Netz stellen, passt auf, wenn ihr E-Mails nutzt. Macht eure Termine ab, aber schaut zu, dass ihr die wirklich wichtigen Dinge »face to face« bespricht. Ein Kollege sagte mir neulich: Ein guter Platz für ein Schwätzchen ist die Sauna. Überhaupt ist alles, was nass ist, gut, denn es ist schlecht für die Elektronik.